

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

35 (29.5.1946)

Neue Demokratie — Neue Sozialpolitik

Von Robert Klausmann

Die Kriegslust der Beherrscher Deutschlands, der Herren der Banken, der Großindustrien und der anderen Völker haben das deutsche Volk innerhalb von 99 Jahren zweimal in den Krieg verwickelt. Beide Eroberungskriege endeten mit der Niederlage, der letztere — totale — mit dem Ruin. Zweimal aber auch wurden die finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung durch den Krieg zerstört. Heute steht das Volk erneut vor dem Neuaufbau seiner Sozialversicherung.

Der langjährige Kampf der arbeitenden Massen um die Sozialversicherung, der vollen Selbstverwaltung durch die Versicherten in der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung tritt nach der totalen Niederlage des Hitlerismus in ein neues Stadium. Die Riesensummen der erhöhten Beiträge führen zur Kapitalansammlung, die der großzügigen Kreditgewährung zu „sozialistischen“ Großgrundbesitzern und Industriellen. Große Teile des Vermögens der Sozialversicherung wurden in Reichs- und Länderanleihen „angelegt“ und nun nur der verbleibenden Erwerbungsleistung.

Die künstliche Trennung in Arbeiter- und Angestelltenversicherung wurde vertieft nach dem Grundsatz: Jedem seine Krankenkasse. Die Zersplitterung in die verschiedenartigsten Kassenarten, die heute noch besteht, in Orts-, Betriebs-, Land-, Innungs- und Ersatzkassen für Anstellte wirkt sich unheilvoll aus. Rund 4500 Krankenkassen und Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung verteilen den Verwaltungsapparat zum Schaden der großen Mehrheit der Versicherten.

Die wesentlichen Grundzüge der neuen Sozialversicherung, wenn die Lebensfähig sein soll, sind: 1. Schluß mit der Zersplitterung in die verschiedensten Arten von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Ersatzkassen; 2. Vereinfachung der Verwaltung durch organisatorische Maßnahmen; 3. Völlige Selbstverwaltung durch die Versicherten; 4. Einheitliche Durchführung des Versicherungsprinzips; 5. Allumfassende Pflichtversicherung auch der Person mit hohem Einkommen; 6. Verlagerung des Gesamtbeitrags auf möglichst breite Kreise und dadurch spätere Ausgaben der Sozialversicherung; 7. Alleinige Verwendung der Beiträge nur für Leistungen und Verwaltungsaufgaben unter Kontrolle der Versicherten und der Landesversicherungsanstalten; 8. Niemals wieder Kredite an „leidende“ Gutsbesitzer und Industrielle oder Indienststellung von Bankrottisten.

Das freie Wort

Heinrich Eisentraut, Karlsruhe, Umlandstr. 13, schreibt u. a.: In ihrer Nr. 23 vom 1. Mai 1946 unter der Rubrik „Das freie Wort“ äußert ein Herr Emil Wacker aus Karlsruhe und ein Herr Emil Burkhard aus Wiesental (Baden) einige Artikel, die wertvoll sind, erwidert zu werden: Es ist in beiden Artikeln von Ehrlichkeit und auch freiwillig melden, damit Kriegseffizienz heimkehren könnten, die Rede. Wie sieht es nun mit der Ehrlichkeit in gewissen Kreisen der Bevölkerung aus? Was wäre es, wenn alle Nicht-Pe's einmal so ehrlich wären und würden sagen, auch ich habe einmal Heil geschrieben. Für Unterzeichneten besteht ein Antifaschist nur insoweit, soweit der Betreffende vor 1933 politisch, sowie gewerkschaftlich organisiert war, soweit er während des Naziregimes Nicht-Pe war und soweit er heute schon wieder in einer politischen Partei ist.

Wollen wir doch mal die Sache untersuchen, wo die Mehrzahl der Stimmen vor 1933 herkam. Ein vor 1933 gewerkschaftlich sowie politisch organisierter Arbeiter in einer der damals bestehenden demokratischen Parteien, hat bestimmt nicht Nazi gewählt. Aber gewählt haben alle die, die vor 1933 politisch, sowie gewerkschaftlich indifferent waren und teilweise auch in den zwölf Jahren des Naziregimes indifferent waren und heute auch wieder indifferent sind.

Die anglo-ägyptischen Beziehungen

London, 28. Mai. (DANA) In der Freitags-Sitzung des Unterhauses, in der die anglo-ägyptischen Beziehungen zur Debatte standen, kritisierte der Führer der Opposition Winston Churchill und der konservative Abgeordnete Anthony Eden die Absicht der Labour-Regierung, die britischen Truppen aus Ägypten zurückzuführen.

Im Laufe seiner ausführlichen Stellungnahme erklärte Eden, er habe bei seinem Aufenthalt in Ägypten während des Krieges die Überzeugung gewonnen, daß die Vorwürfe, die der britischen Regierung wegen des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936 gemacht wurden, „vollkommen unbegründet“ seien. Eden schlug weiter vor, daß man bei einer Revision des Vertrages von 1936 auch heute alle Parteien Ägyptens überzeugen müsse, da sonst die Gefahr bestehe, daß die Autorität der gegenwärtigen ägyptischen Regierung bestritten werde.

In seinen Ausführungen argumentierte Churchill, es sei nicht möglich, den freien Durchgang durch den Suezkanal aufrecht zu erhalten, wenn nicht die britischen Truppen dort dauernd stationiert seien. Eine Errichtung von Stützpunkten in Palästina oder in der Gyzensika oder in beiden Gebieten biete nicht die Gewähr für die Sicherheit des Suezkanals. Falls die Regierung auf ihrem augenblicklichen Kurs bestehe, so betonte Churchill, würde sie die britischen Interessen im Mittelosten bedrohen, Englands Verbindungslinien zum indischen und pazifischen Ozean zerstören und den Lebensnerv des britischen Empires in Gefahr bringen.

Zum Wechsel im württ.-badischen Wirtschaftsministerium

Dr. Heinrich Köhler Nachfolger Andre's

Stuttgart, 28. Mai. (DANA) Das Kabinett Württemberg-Baden erfährt mit dem auf Seite 1 gemeldeten Wechsel im Wirtschaftsministerium seine erste Veränderung seit seiner Bildung im September 1945.

Seine von Dr. Köhlers Einstellung abweichende Meldung über grundsätzliche Ernährungsfragen in Württemberg-Baden sei, wie Andre am Samstag seinem Rücktrittskühler wünschte eine getrennte Landesbezirksverwaltung in Karlsruhe aufrechtzuerhalten, während Andre eine einzige Landesregierung erstrebe.

Die Pressestelle des Staatsministeriums zitiert hier zu bekannt: Der württ.-badische Wirtschaftsminister Andre hat aus persönlichen Gründen um Enthebung aus seinem Amte nachgedacht. Ministerpräsident Dr. Maier hat diesem Ansuchen entsprochen. Andre wird der Landesregierung auch weiterhin und zwar als Minister für besondere Aufgaben angeschlossen. Zu seinem Nachfolger hat Dr. Maier mit Zustimmung der Militärregierung den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Heinrich Köhler ernannt. Sein bisheriges Amt als Präsident der Landesbezirksverwaltung Baden wird Dr. Köhler beibehalten.

Erst Räumung, dann Verhandlung

Kairo, 28. Mai. (AP) Der ägyptische Ministerpräsident Ismail Sidky Pascha forderte in der britischen auf, die Evakuierung Ägyptens so schnell wie möglich durchzuführen, ohne auf die Fortsetzung der Verhandlungen über die Revision des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936 zu warten.

Wenn die britischen Truppen das Land verlassen haben, so führte Sidky Pascha weiter aus, werde die beste Atmosphäre für weitere Verhandlungen entstehen und die Ägypter könnten sich wieder als freies Volk fühlen.

Großbritannien fordert Stützpunkte

London, 28. Mai. (AP) Großbritannien hat Ägypten den Vorschlag unterbreitet, als Bedingung für den Rückzug der britischen Truppen noch vor der offiziellen Wiederaufnahme der anglo-ägyptischen Verhandlungen, die Aufrechterhaltung von gewissen britischen Stützpunkten im Lande zu bewilligen.

Indiens Forderungen

Neu Delhi, 28. Mai. (AP) Die britische Kabinettsmission und der indische Feldmarschall Lord Wavell gaben am Samstag eine gemeinsame Erklärung zu der kürzlich erhobenen Kritik der Kongreßpartei und der Moslemliga über die Vorschläge der Kabinettsmission für die künftige Verfassung eines unabhängigen Indiens bekannt.

Der Verfassungsentwurf für ein unabhängiges Indien stehe als ein Ganzes, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, und kann auch nur als ein Ganzes behandelt werden.

Es bestehe britischerseits keine Absicht, sobald die konstituierende Versammlung gebildet sei, in deren Arbeiten und Entscheidungen einzugreifen. Wenn ihre Arbeit beendet sei, würde die britische Regierung dem englischen Parlament empfehlen, die britische Oberhoheit über das indische Volk zu beenden.

Entscheidung zur Flüchtlingsfrage auf SPD-Parteitag

Die Lösung des Flüchtlingsproblems ist ein Ausgangspunkt der gegenwärtigen Politik. Die Tatsache, daß wir die letzten Monate des Naziregimes und des vergangenen Krieges in territorialer und politischer Hinsicht nicht länger aufzusuchen werden, Gelingen der Millionen Heimat- und Existenzlosener werden die deutsche Volkseele einzurollieren, muß wendigerweise zu Verweilungsmaßnahmen, Notwehrmaßnahmen kommen, die schließlich in einem Kampf aller gegen alle führen müssen, in dem die Zukunftshoffnungen untergehen.

Darum ist die Sozialdemokratische Partei entschlossen, die zur positiven Überwindung der Flüchtlingsfrage notwendigen Maßnahmen auszusuchen, zumal es oft in der Folgezeit die Selbstachtung einer Kulturform, die die Verarmten als sozial Deklassierte durch den Geschickpunkt, daß zwar nicht alle Flüchtlinge in der Heimat sind, aber die Flüchtlinge, die in der Heimat sind, nicht länger aufzusuchen werden, Gelingen der Millionen Heimat- und Existenzlosener werden die deutsche Volkseele einzurollieren, muß wendigerweise zu Verweilungsmaßnahmen, Notwehrmaßnahmen kommen, die schließlich in einem Kampf aller gegen alle führen müssen, in dem die Zukunftshoffnungen untergehen.

Azaber verlangen unabhängigen Staat

Jerusalem, 28. Mai. (AP) Das arabische Hohe Komitee hat nach einer vierstündigen Konferenz am Freitag den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien eine Erklärung über die Unabhängigkeit des arabischen Staates in Palästina erlassen.

Zu Molotows Erklärung

Washington, 28. Mai. (AP) Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten befaßten sich gestern mit der Behauptung Molotows, ein amerikanischer Botschafter habe sich auf der Pariser Konferenz gegen die Sowjetunion geäußert.

Nürnberg Prozeß

Dodd: „Wieviel Leute ließen Sie öffentlich hängen, als Sie Gauleiter von Hannover waren?“ Lauterbacher: „Niemand.“ Dodd: „Sind Sie ganz sicher?“ Lauterbacher: „Ja.“ Dodd: „Wieviel Leute ließen Sie in KZ's schicken?“

„Wieviel Leute ließen Sie öffentlich hängen, als Sie Gauleiter von Hannover waren?“ Lauterbacher: „Niemand.“ Dodd: „Sind Sie ganz sicher?“ Lauterbacher: „Ja.“ Dodd: „Wieviel Leute ließen Sie in KZ's schicken?“ Lauterbacher: „Ich habe fünf oder zehn Personen wegen Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen ordentlichen Gerichten überstellt. Von zwei weiteren weiß ich nicht, ob Sie KZ's zugeführt worden sind.“

Zum Wechsel im württ.-badischen Wirtschaftsministerium

Dr. Heinrich Köhler Nachfolger Andre's

Stuttgart, 28. Mai. (DANA) Das Kabinett Württemberg-Baden erfährt mit dem auf Seite 1 gemeldeten Wechsel im Wirtschaftsministerium seine erste Veränderung seit seiner Bildung im September 1945.

Seine von Dr. Köhlers Einstellung abweichende Meldung über grundsätzliche Ernährungsfragen in Württemberg-Baden sei, wie Andre am Samstag seinem Rücktrittskühler wünschte eine getrennte Landesbezirksverwaltung in Karlsruhe aufrechtzuerhalten, während Andre eine einzige Landesregierung erstrebe.

Figl fordert Vertrag mit Oesterreich

Wien, 28. Mai. (INS) In einem Brief an die amerikanische Bundeskanzlerin Eleanor Roosevelt fordert Leopold Figl den Abschluß eines Alliierten Vertrages mit Oesterreich, um den Wiederaufbau des Landes zu ermöglichen.

Aus den Zonen

Wörzburg, Ein Sonderzug, in dem sich 18 deutsche Eisenbahnarbeiter aus der französischen Besatzungszone befanden, wurde am Mittwoch in Wörzburg angehalten. Die Eisenbahnarbeiter wurden festgenommen.

Das freie Wort

Heinrich Eisentraut, Karlsruhe, Umlandstr. 13, schreibt u. a.: In ihrer Nr. 23 vom 1. Mai 1946 unter der Rubrik „Das freie Wort“ äußert ein Herr Emil Wacker aus Karlsruhe und ein Herr Emil Burkhard aus Wiesental (Baden) einige Artikel, die wertvoll sind, erwidert zu werden: Es ist in beiden Artikeln von Ehrlichkeit und auch freiwillig melden, damit Kriegseffizienz heimkehren könnten, die Rede. Wie sieht es nun mit der Ehrlichkeit in gewissen Kreisen der Bevölkerung aus? Was wäre es, wenn alle Nicht-Pe's einmal so ehrlich wären und würden sagen, auch ich habe einmal Heil geschrieben. Für Unterzeichneten besteht ein Antifaschist nur insoweit, soweit der Betreffende vor 1933 politisch, sowie gewerkschaftlich organisiert war, soweit er während des Naziregimes Nicht-Pe war und soweit er heute schon wieder in einer politischen Partei ist.

